



# Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Saarland

Kaiserstraße 258 \* 66133 Saarbrücken

Fon: (0681) 84124 10

Fax: (0681) 84124 15

Mail: [gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de)

Homepage : [www.gdp-saarland.de](http://www.gdp-saarland.de)

9. Mai 2005

Infodienst

Beamtenpensionen

## **GdP gegen weitere Kürzung der Beamtenpensionen**

### **Beamte müssen bluten – die unendliche Geschichte**

SZ vom 9.05.2005: „Auch Beamte müssen bluten!“ Der Wirtschaftsweiser Bert Rürup empfiehlt die Ruhestandsbezüge der Beamten um 1/6 zu kürzen.

Die Beamtenschaft hat schon viele Reformen über sich ergehen lassen müssen, die allesamt nur ein Ziel hatten – nämlich sparen. Beispielsweise beziehen wir uns hier auf die Versorgungsreformen und –änderungen in den 90er Jahren, die einerseits zu einer erheblichen Absenkung des Versorgungsniveaus und andererseits zu einer systemwidrigen Beteiligung an der Versorgung über Versorgungsrücklagen geführt haben.

Erlaubt sei hier die Frage, wo denn die Mittel geblieben sind, die z.B. durch eine 7%ige Absenkung der Brutto-Beamtengehälter seit den 50er Jahren eingespart wurden und die ausweislich der damaligen Gesetzesbegründung zur Finanzierung der Beamtenpensionen dienen sollten.

Landesvorsitzender Hugo Müller: „Vor diesem Hintergrund behauptet, dass die Beamten für ihre Versorgung ... ‚endlich bluten müssten‘ ..., der verdreht die Tatsachen vollends und unterschlägt die bislang erbrachten Beteiligungen der Beamten. Wenn ein ausgewiesener Fachmann wie Herr Rürup diese Stammtischparolen ernsthaft in die Öffentlichkeit bringt, sind dies bewusste Falschmeldungen, und er stellt sich damit ins fachliche Abseits.“

Der Landesvorstand



## Artikel 1 (von 1)

**Erschienen:**09.05.2005 / SZ / SBM\_MAN / APol\_5

**Ressort:**Politik

**Textname:**pol5-9.\_Pension.ART

# Rürup: Auch Beamte müssen bluten

## Wirtschaftsweiser schlägt Bundesregierung deutliche Senkung der Pensionen vor

**Die Versorgungsausgaben bei Bund, Ländern und Gemeinden steigen sprunghaft an. Deshalb müssen Beamte in den kommenden Jahren mit teils kräftigen Einbußen bei ihrer Altersversorgung rechnen.**

**Berlin.** Beamte müssen wie Rentner mit erheblichen Einbußen bei der Altersversorgung rechnen. Die Kaufkraft der Pensionen soll in den nächsten 25 Jahren um ein Sechstel sinken. Das Bundesinnenministerium betonte am Sonntag, die bereits beschlossenen Maßnahmen der Rentenreform würden wirkungsgleich auf die Beamten übertragen. Unterdessen muss Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) den Rentenkassen voraussichtlich im September erstmals mit einer vorgezogenen Zahlung des Bundeszuschusses unter die Arme greifen.

Die Liquidität der Rentenversicherung sei schon im Juni nur „noch knapp gesichert“, berichtete das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Es berief sich auf einen Bericht des Bundessozialministeriums zur „Situation der Rentenkasse“, der am Mittwoch im Haushaltsausschuss des Bundestags vorgelegt werden soll. Eine Sprecherin des Ministeriums sagte der Deutschen Presse-Agentur (dpa): „Es besteht kein Anlass zum Dramatisieren.“ Die pünktliche Zahlung der Renten sei „auf jeden Fall gewährleistet“. Um einen Engpass zu überbrücken, könne der Bundeszuschuss, der in zwölf monatlich gleichen Raten überwiesen wird, vorgezogen werden. Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte will nach Angaben des „Spiegel“-Magazins in dieser Woche ihren möglichen Finanzbedarf melden.

Grundlage für neue Berechnungen ist die korrigierte Prognose der Regierung, die von 1,0 statt 1,6 Prozent Wirtschaftswachstum in diesem Jahr ausgeht. Danach rechnet Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) nur noch mit einem Anstieg der Einnahmen aus Pflichtbeiträgen zur Rentenversicherung um 0,2 Prozent. Geplant war für 2005 ein Zuwachs von 1,2 Prozent.

## Mehr Versorgungsausgaben

Vor dem Hintergrund drastisch steigender Versorgungsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen forderte der Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, Bert Rürup, eine deutliche Senkung der Beamtenpensionen. „Die Kaufkraft der Renten verringert sich gemessen an der derzeitigen Situation durch die beschlossenen Reformen in den kommenden 25 Jahren etwa um ein Sechstel. In dieser Größenordnung müssten auch die Beamtenpensionen abgesenkt werden“, sagte Rürup der „Bild am Sonntag“.

„Herr Rürup rennt offene Türen ein“, sagte am Wochenende eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums. Die Bundesregierung habe „nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir die Maßnahmen der Rentenreform wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen werden.“ *dpa*

## Meinung

# Bei Pensionen

## wird's eng

*Von SZ-Korrespondent*

*Stefan Vetter*

Nach den Renten sind zwangsläufig auch die Beamtenpensionen ins Visier geraten. Die Staatsdiener brauchen für den Ruhestand keine speziellen Beiträge zu entrichten. Ihre Altersversorgung wird komplett über Steuern abgewickelt. Das macht die Finanzierbarkeit allerdings nicht minder problematisch. Ganz im Gegenteil. Schon die Steuerschätzung in dieser Woche wird der öffentlichen Hand eine weitere Milliardenlücke bescheren. In dieser Situation muss es erlaubt sein, auch über eine Reform der Beamten-Pensionen nachzudenken. Zumal die Gesetze der Demografie bei ihnen genau so wirken wie beim großen Rest der Bevölkerung. Soll heißen: In den kommenden Jahrzehnten nimmt auch die Zahl der beamteten Ruheständler dramatisch zu. Zwar ist es richtig, dass der politische Reformeifer in der Vergangenheit nicht gänzlich an ihnen vorüber gegangen ist. Der finanzielle Kollaps bei den Beamtenpensionen lässt sich aber nur durch eine weitere Senkung des Versorgungsanspruchs verhindern.

---

### Technische Information:

**Text-ID:**a20304426





Erschienen:10.05.2005 / SZ / SBM\_MAN / CLPO\_2

Ressort:Region

Textname:SBM\_MAN.Edition\_1.CLPO\_2.ART2

# Polizei-Gewerkschaft gegen Kürzungen

## GdP-Chef kritisiert Rürup

**Saarbrücken.** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Saarland hat gestern die Forderung des Wirtschaftsweisen Bert Rürup nach einer Kürzung der Beamtenpensionen scharf kritisiert. Rürup hatte am Wochenende vorgeschlagen, die Ruhestandsbezüge um ein Sechstel zu senken, da die Versorgungs-Aufwendungen für Bund, Länder und Gemeinden rapide anstiegen. GdP-Landeschef Hugo Müller warf Rürup „Stammtischparolen“ vor. Die Beamten hätten bereits zahlreiche Kürzungen hinnehmen müssen, sagte Müller. So hätten Reformen in den 90er Jahren zu einer „erheblichen Absenkung“ des Versorgungsniveaus geführt. Hugo Müller fragte, wo die Mittel geblieben seien, die durch eine siebenprozentige Reduzierung der Beamtgehälter seit den 50er Jahren eingespart worden seien. *red*

---

### Technische Information:

Text-ID:a20304834

